



Dr. Alexandra Barth
Fachdienst Gesundheit, Meßtorffweg 8, 24534 Neumünster

An die Vorsitzende des Sozialausschusses
Katja Rathje-Hoffmann

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3050

**Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein, Drucksache
20/1771**

Schriftliche Stellungnahme des LVÖGD SH

9. April 2024

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,

der Deutsche Bundestag forderte am 06.07.2023 mit dem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag „Suizidprävention stärken“ die Entwicklung einer Strategie zur Suizidprävention und ein Suizidpräventionsgesetz ein. Eine Umsetzung sollte zeitnah erfolgen.

Der LVÖGD SH begrüßt es sehr, dass sich auch das Land Schleswig-Holstein mit den Nöten und Bedarfen in dieser Sache beschäftigt.

Wir möchten darauf hinweisen, dass insbesondere niedrigschwellige Hilfen gestärkt und verstetigt werden sollten.

Dazu gehören:

- Zum einen wäre eine landesweite Verstetigung der in Ihrem Bericht zitierten Aktivitäten, wie sie von Lichtblick e. V. in Flensburg und Umgebung geleistet werden, mit weiteren regionalen Kooperationspartnern Schleswig-Holstein-weit sehr zu begrüßen.
- Auf Bundesebene gibt es das Projekt MANO und die Suizidprävention U25. Beide Projekte zielen auf die niedrigschwellige und auf Wunsch anonyme Online-Beratung ab. Diese Projekte sollten in SH bekannt gemacht werden. Nach Evaluation sollte immer die Nachhaltigkeits- und Verstetigungsfrage gestellt werden.
- Ein landesweit zentrales und mit erfahrenem Fachpersonal 24/7 besetztes öffentlich bekanntes Krisentelefon mit guter Vernetzung zu den regionalen Hilfsangeboten in den Kreisen und kreisfreien Städten wäre wünschenswert. Alternativ wäre ein zentrales 24/7-Hilfetelefon auf Bundesebene zu erwägen.
- Ein frühzeitiger Ansatz wäre bereits im Setting Schule die Stärkung der Resilienz, die Wissensmultiplikation um psychiatrische Erkrankungen (mit daraus resultierender Suizidgefahr), das Sichtbarmachen der Hilfsstrukturen sowie der Abbau von Stigmatisierung durch Schul-Präventionsprogramme wie z. B. „Verrückt? Na Und“

- **der aus unserer Sicht wichtigste Ansatz ist jedoch die Stärkung bereits vorhandener und etablierter niedrigschwelliger Hilfsstrukturen. Insbesondere ist hier auf die tägliche Arbeit der Sozialpsychiatrischen Dienste der Kreise und kreisfreien Städte hinzuweisen.** Dort ist die Personalbemessung entgegen den Empfehlungen der Expertenkommission von 1988 meist unzureichend. Zudem herrscht seit Jahren ärztlicher und inzwischen auch sozialpädagogischer Fachkräftemangel. Auch aus diesem Grund werden die niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangebote nicht nur für Betroffene, sondern auch für Bezugspersonen, in den meisten Regionen nicht ausreichend bekannt gemacht. Insbesondere der Ärzt*innenmangel ist u. a. zurückzuführen auf die tariflich schlechtere Bezahlung im Gesundheitsamt in Vergleich zu Krankenhaus oder auch MdK. Der Pakt für den ÖGD schien eine Chance auf Gleichstellung in sich zu bergen. Leider hat die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber diese Chance nicht genutzt, um durch Gehaltsanpassung die Attraktivität der Arbeit im Amt zu steigern. Zumindest konnten jedoch durch die vom Bund bereitgestellten Gelder vorübergehend mehr multiprofessionell besetzte Stellen geschaffen werden. Da die Gelder aus dem Pakt für den ÖGD befristet sind, ist ein Stellenabbau ab 2027 zu befürchten. **Der LVÖGD SH möchte daher die Landespolitik auffordern, sich für die Fortsetzung des Paktes sowie für eine Gehaltsangleichung stark zu machen im Sinne einer anhaltenden Stärkung der Sozialpsychiatrischen Dienste.**

gez.

Dr. Alexandra Barth, Vorsitzende des LVÖGD SH

